

Der Sieg der Ordnung.

„Die Arbeiterschaft hat in diesen erregten Tagen musterhafte Disziplin gehalten. Der Parteivorstand erwartet, daß sie auch weiter im Vertrauen auf ihre Vertreter das Ergebnis der Verhandlungen mit der Regierung in würdiger Ruhe abwarten wird.“

„Mitteilungen an die Arbeiter“,
Wien, 19. Jänner.

Die Arbeiterschaft ist für den Frieden und die erhöhte Mehlquote in den Ausstand getreten. Die Parteileitung war überrascht. Sie ging deshalb mit Eifer an die Wiederherstellung der Ordnung. Eine Wiederholung der uns so oft mitgeteilten und von niemand bezweiferten Friedensliebe der Regierung und die Zusage, daß man auch den Selbstverbrauchern die Mehlquote verringern werde, bewog den Parteivorstand, den Ausstand, den er nicht „angezettelt“ hatte, wieder abzusagen. Groß ist die Macht der Verhältnisse, größer die Macht der Disziplin, wenn sie sich auch dieses Mal nicht durchwegs als die stärkere gezeigt hat. Dagegen ist das Vertrauen des Parteivorstandes zu der würdigen Ruhe nicht enttäuscht worden. Sowohl die, die auf sein Geheiß die Arbeit wieder aufnehmen, als auch die Widerspenstigen haben diese Pflicht nicht einen Augenblick verletzt. Die einen blieben ruhig, als der Parteivorstand sie wieder zur Arbeit schickte, die anderen bewahrten würdige Ruhe, als sie von dem Ergebnisse der Verhandlungen erfuhren.

Am meisten zu bewundern sind die Frauen der Streikenden: welche Selbstbeherrschung! Welche musterhafte Disziplin! Der Parteivorstand hat Vertrauen zu den Zusicherungen der Regierung; die Vertrauensmänner haben Vertrauen zum Parteivorstandes; der Mann hat Vertrauen zum Vertrauensmannes; und so hat auch die Frau Vertrauen, und ob der Mann die Arbeit wieder aufnehme oder nicht, sie kehrt in Gottesnamen zu ihrer schweren Arbeit zurück, den Mann und die Kinder mit der Mehlquote wie bisher so satt wie bisher zu machen. Sie würzt das Gerücht mit der Zuversicht, daß die Regierung „gegen Beschlüsse von Landtagen über Gemeindevahlreformen, die den Grundätzen des Reichstagswahlrechtes Rechnung tragen und ausgestaltet sind durch das Verhältniswahlrecht sowie durch Berücksichtigung der durch ihre Mitarbeit im Kriege begründeten Ansprüche der Frauen auf Betätigung im öffentlichen Leben, aus diesen Gesichtspunkten kein grundsätzliches Sanktionsbedenken erhebe“.

Wenn die Regierung also nicht etwa ein Sanktionsbedenken aus anderen Gesichtspunkten erheben sollte, so hat das brave Weib begründete, wenn auch etwas entfernte Aussicht, als Ersatz für die Entbehrungen der Kriegszeit das Wahlrecht für Landtag und Gemeinde zu bekommen. Diese Hoffnung muß und wird der politisch geschulten Frau manches ersetzen, auf die sie verzichten lernen mußte.

Es ist begreiflich und nur die noch nicht ganz abgeklungene Erregung erklärt den Hio und da laut werdenden Vorwurf, daß die Vertreter der Arbeiterschaft — allerdings nicht die in den jüngsten Tagen frei gewählten, sondern die vor längerer und in ruhigerer Zeit gewählten, alt angestammten, in vielfachen Verhandlungen mit den h. Regierungen erproben — offenbar von dem Wunsche getrieben, die würdevolle Ruhe nicht über das unbedingt notwendige Maß hinaus auf die Probe zu stellen, ein paar Forderungen unterlassen haben, die wahrscheinlich leicht durchzusetzen gewesen wären. Man denkt z. B. an die Zensur. Es berührt einigermaßen befremdend, wenn man auf der vierten Seite der amtlichen Mitteilungen an die Arbeiter nicht weniger als fünf der gewohnten weißen Fleden findet, darunter einige, die zeigen, daß, wenn in diesen erregten Tagen so manches ins Wanken geraten sein möge, die Grundsätze unerschütter

geblieben sind, nach denen uns die k. k. Preßpolizei durch die Brandung bewegter Zeiten steuert. Wen erfüllte es nicht mit einigem Befremden, wenn der Bericht über den allgemeinen Ausstand in Stadlau — ich weiß zur Stunde, da ich diese Betrachtungen schreibe, nicht, ob er zu Ende ist, aber sicherlich wurde seine Beendigung zwischen den Vertretern der Staatsregierung und der Parteiregierung vereinbart — folgendermaßen lautet:

Damit war die prächtige Kundgebung, unter deren Eindruck ganz Stadlau stand, zu Ende.

Man mag sich sagen, daß manche prächtige Kundgebung, unter deren Eindruck größere Orte als Stadlau standen, mit nicht erheblich mehr Ergebnis zu Ende waren; aber bedauern wird man es immerhin doch, daß die Frage der Zensur gar nicht berührt wurde, was bei dem offenbar so verbindlichen Tone der Verhandlungen zwischen den zwei Behörden sicherlich nicht allzu schwer gewesen wäre. Nun ist eine Gelegenheit veräunmt, die gewiß — dank der musterhaften Disziplin, die der Parteivorstand so vollkommen wieder herzustellen verstanden hat — so bald nicht wiederkehren wird.

Auch sonst vermißt man manches Verlangen, das vielleicht dringender als die neue Ordnung des in verhältnismäßig weiter ferne stehenden Landtagswahlrechtes gewesen wäre. Es hat sich ziemlich deutlich gezeigt, daß hier und da zwar nicht die bewährten und so überaus volkstümlichen, vom uneingeschränkten Vertrauen der Genossen getragenen Mitglieder, wohl aber die Art der Wahl des Parteivorstandes für erneuerungsbedürftig anzu sehen werde und daß deshalb das Bedürfnis nach Arbeiterkammern empfunden wird, in denen es auch der entgegengesetzten Meinung — es gibt solche — möglich wäre, sich geltend zu machen. Arbeiterkammern auf Grund geheimer Wahl wären, wie es scheint, eine zweckmäßige Ergänzung des Parteivorstandes; stellt dieser die alte, im Gefühl der Verantwortlichkeit nach unten und oben und der größeren Erfahrung, welche Amt und Würde der Führerschaft verleihen, etwas beharrend gewordene Richtung dar, so würde in Arbeiterkammern vermutlich auch dem Widerspruch Platz und Wort gestattet sein. Und das wäre gut, selbst auf die Gefahr hin, daß es gelegentlich einmal zur Kritik, ja sogar zu Widerspruch kommen sollte, unbequeme, manchmal sogar lästige, aber im öffentlichen Leben nicht leicht ganz zu vermeidende Erscheinungen.